

## Haushaltsrede 2016 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

elf Jahre waren die Steuersätze konstant geblieben – viele Jahre lagen Grundsteuer B und Gewerbesteuer deutlich unter den fiktiven Hebesätzen des Landes. Seit 2012 zeichnet sich jedoch ab, dass unsere Einnahmen einfach nicht mehr ausreichen. Jetzt – endlich möchte man sagen - wird die Notbremse gezogen, um schmerzhafteste Leistungseinschränkungen für die Hildenerinnen und Hildener zu vermeiden und die Gefahr, mittelfristig in eine staatlich verordnete Haushaltssicherung abzurutschen, zu bannen. Darüber müssten wir Grüne uns eigentlich freuen, haben wir doch seit vier Jahren immer wieder moderate Steuererhöhungen gefordert. Diese hätten die Haushaltslage der Stadt insgesamt um knapp 10 Mio € verbessert. Doch unsere Freude ist nur sehr verhalten. Denn „moderat“ fällt die Grundsteuererhöhung nun nicht gerade aus: 100 Punkte bedeuten faktisch eine Erhöhung um 26 %, von der gerade auch Mieterinnen und Mieter betroffen sind. Gleichzeitig tut sich hier eine nicht unerhebliche Gerechtigkeitslücke auf, wird doch das örtliche Gewerbe weitgehend von Steuererhöhungen verschont. Mit 400 %-Punkten gehört Hilden bei der Gewerbesteuer weiterhin zu den Steueroasen in NRW. Zugegeben, dass Konzept, in erster Linie Wohnen höher zu besteuern, ist derzeit äußerst populär. Dabei sehen sich Gemeinden veranlasst, Hebesätze bis 959 Prozentpunkte - siehe Bergneustadt - zu beschließen. Natürlich ist es einfacher und risikoloser Grundstücke und Gebäude zu besteuern, da diese eine zuverlässige, genau kalkulierbare Einnahmequelle bieten. Fair ist dies jedoch nicht und deshalb setzen wir weiterhin auf eine gerechte Lastenverteilung, die das örtliche Gewerbe stärker einbezieht. Gerade auch viele Maßnahmen des „Integrierten Handlungskonzepts“, aber auch die Finanzierung sogenannter weicher Standortfaktoren – Bildung, Kultur, Sport - kommen der örtlichen Wirtschaft zugute, von der wir daher einen angemessenen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung erwarten können. So stehen wir weiterhin zu unserem Vorschlag, sowohl Grund- als auch Gewerbesteuer auf die fiktiven Hebesätze des Landes – derzeit 429 bzw. 417 Prozentpunkte - zu erhöhen. Dadurch könnte in diesem Jahr sogar ein leichtes „Einnahmeplus“ gegenüber den von der Ratsmehrheit beschlossenen Steuererhöhungen erzielt werden.

Festzustellen ist leider auch, dass die vorliegende Mehrjahresfinanzplanung weitgehend vom Prinzip Hoffnung getragen wird, werden doch für die nächsten Jahre – bei einem unveränderten Hebesatz - deutliche Einnahmeverbesserungen bei der Gewerbesteuer prognostiziert. 2019 geht der Kämmerer sogar von Mehreinnahmen in Höhe von 9 Mio € gegenüber 2016 aus. Da ist Skepsis geboten !

Doch es gibt noch weitere Unwägbarkeiten: So bereitet uns die erneute Verschiebung von notwendigen Sanierungsmaßnahmen an Schulen und anderen städt. Gebäuden – allein in diesem Jahr in einem Umfang von 1,2 Mio € - erhebliche „Bauchschmerzen“. Wir befürchten, dass uns solche „Einsparungen“ – z.B. im sensiblen Bereich der Dachsanierungen - letztendlich teuer zu stehen kommen. Um hier als Politik sinnvoll „steuern“ zu können, benötigen wir aufschlussreiche Bestands- und Mängellisten, aus denen hervorgeht, welcher Sanierungsstau bisher entstanden ist und wie sich dieser mittel- und langfristige auf Funktionsfähigkeit und Wert unserer Immobilien auswirkt. Die für das zweite Halbjahr versprochene Fortschreibung des Schulgebäudeunterhaltungsprogramms sollte dazu belastbare Daten liefern. Befremdlich, dass vom Rat beschlossene Baumaßnahmen zur Barrierefreiheit an öffentlichen Gebäuden zunächst „sang- und klanglos“ gestrichen wurden. Hier hat sich erfreulicherweise die Verwaltung – spät, aber nicht zu spät - in Form einer kräftigen

„Ansatzserhöhung“ entschuldigt. Ein teurer „Nice-to-have“-Kreisverkehr auf der Gerresheimer Straße ist dagegen bei genauer Betrachtung tatsächlich ein verzichtbarer Luxus. Ehrlicherweise müssen wir jedoch eingestehen: Weitere Steuererhöhungen sind in den kommenden Jahren nicht ausgeschlossen!

Nun zu einem Thema, das uns Grüne seit Jahren besonders am Herzen liegt und das wir hartnäckig zum Gegenstand unserer Haushaltsreden, aber auch unser Anfragen und Anträge machten: der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Das Problem, seit Jahren bekannt, aber – so Bundesbauministerin Barbara Hendricks – von der Politik lange ignoriert, hat sich durch die hohen Flüchtlingszahlen weiter zugespitzt und geriet nicht zuletzt dadurch stärker ins öffentliche Bewusstsein. So werden im Kreis Mettmann - nach einer Studie des Pestel-Instituts – bis 2020 gut 8.000 öffentlich geförderte Neubauwohnungen benötigt. Der Wohnraumbedarf ist – bekanntermaßen gerade auch in Hilden - hoch und wird durch die bisher geplanten Neubaumaßnahmen nicht annähernd gedeckt.

Fest steht: die Integration der Flüchtlinge kann nur gelingen, wenn diese ein anständiges Dach über den Kopf erhalten. Gleichzeitig muss aber auch die einheimische Bevölkerung, die über geringe oder auch mittlere Einkommen verfügt, mit bezahlbaren Wohnungen versorgt werden. Keinesfalls darf der Wohnraumbedarf der Neuankömmlinge und der ansässigen Bevölkerung gegeneinander ausgespielt werden. Dies würde nur Pegidas und Rechtsextremen in die Hände spielen. Auch sollte es unser Ziel sein, eine gute demografische Durchmischung des Stadtgebiets sicherzustellen. Gleichzeitig verbietet sich eine Senkung ökologischer Gebäudestandards angesichts des in Paris vereinbarten Klimaziels, die weltweite Temperaturerhöhung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen. Zugegeben: dies alles zusammen stellt eine äußerst vielschichtige, nicht immer befriedigend lösbare Aufgabe dar. Klar ist aber auch: Versäumnisse in der Quartiersentwicklung und Wohnraumpolitik sind nur schwer korrigierbar und beeinträchtigen nachhaltig Zusammenleben und Lebensqualität in einer Gemeinde.

Erfreulicherweise beschreitet die Landesregierung neue, zeitgemäße Wege bei der Förderung bezahlbarer Wohnungen. Statt unwirksamer Zinszuschüsse in quasi zinslosen Zeiten setzt sie nunmehr auf direkte Bezuschussung öffentlich geförderten Wohnraums in Form von sogenannten Tilgungsnachlässen. In Hilden – eine Stadt in der höchsten Mietniveaokategorie – wird eine Sozialbauwohnung mit gut 400 €/qm, eine Wohnung für Flüchtlinge sogar mit knapp 600 €/qm gefördert.

Jetzt ist es an der Zeit, auch im Hildener Rat bei der Wohnungspolitik umzusteuern. Das im letzten Sommer beschlossene Vermarktungskonzept für das Albert-Schweitzer-Gelände entsprach bereits bei Verabschiedung nicht dem tatsächlichen Bedarf und sollte nun unbedingt nachgebessert werden. Hier müssen mehr öffentlich geförderte und bezahlbare Wohnungen geschaffen werden ...und dies dürfen wir nicht – wie bisher - hauptsächlich den Wohnprojekten aufbürden. Die zumindest bis zum Jahresende vorgesehene Nutzung des ehemaligen Schulgebäudes als Flüchtlingsunterkunft verschafft uns die notwendige Denkpause und bietet die Chance einer Neuorientierung.

Aber es gibt auch positives zu berichten. Die WGH ist aus dem Dornröschenschlaf erwacht und wieder richtig aktiv. Die Verwaltung wiederum hat sich auf die Suche nach städt. Grundstücken begeben, die sich für den öffentlichen Wohnungsbau eignen. Natürlich müssen aus Sicht einer Umweltpartei die vorgeschlagenen Flächen einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Dabei stehen wir einer behutsamen Nachverdichtung grundsätzlich

positiv gegenüber. Sinnvoll erscheint uns in diesem Zusammenhang die Erarbeitung einer Prioritätenliste zu den nutzbaren Flächen in Hilden, die dann als Handlungsrahmen dienen kann. Dabei muss immer wieder der Versuch unternommen werden, durch eine frühzeitige, dialogbereite Öffentlichkeitsarbeit die Bevölkerung mitzunehmen.

Eine neue, positivere Haltung zum öffentlich geförderten Wohnungsbau sollte sich auch bei der Vermarktung des Geländes der Theodor-Heuss-Schule niederschlagen. Sozialbauwohnungen an dieser Stelle abzulehnen, nur weil diese zu höheren Abschreibungen führen, stellt keine vorausschauende Stadtentwicklungspolitik dar. Im Mittelpunkt sollten vielmehr die langfristigen Auswirkungen auf unsere Stadt stehen. Und dabei ist - neben Aspekten wie Flächenverbrauch und Aufenthaltsqualität – immer eine angemessene und faire Wohnraumversorgung aller Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen.

Klar ist: Im dicht besiedelten Hilden wird es kaum möglich sein, den hohen Bedarf an öffentlich geförderten Wohnraum im vollen Umfang zu decken. Klar ist aber auch: der Versuch einer Problemlösung kann sich nicht allein auf die wenigen geeigneten Flächen in städtischer Hand beschränken. Die Stadt sollte daher ein Baulückenkataster anlegen, Grundstückseigentümer gezielt ansprechen, ihnen eine Bauberatung anbieten und sie über Förderprogramme informieren. Die Schaffung von Sozialbauwohnungen kann gerade auch für Private finanziell attraktiv sein, verspricht sie doch dauerhaft verlässliche Einnahmen. Die Einrichtung einer Arbeitsgruppe in der Verwaltung zum „Bezahlbaren Wohnen“ begrüßen wir ausdrücklich – dieser Schritt war längst überfällig. Wir schlagen vor, dass sich dieses Gremium auch externer Unterstützung bedient und z.B. den Wohnraumbedarf von einem dafür spezialisierten Fachbüro ermitteln lässt. Am Ende muss ein Gesamtkonzept stehen, das die unterschiedlichen Fragestellungen berücksichtigt: „Was wird von wem nachgefragt?“ „Wo können Gebäude aufgestockt, wo kann nachverdichtet werden?“ „Welche Unterstützung benötigen bauwillige Grundstückseigentümer?“ „Wo sollen Flüchtlinge leben, wie können Ghettos vermieden werden?“, usw., usw.

Das Jahr 2015 wird noch lange nachwirken, ist es doch Ausgangspunkt gravierender Veränderungen in der deutschen Gesellschaft. Mit vielen Flüchtlingen hatten wir Grüne zum Jahresbeginn gerechnet – das dann so viele Menschen zu uns kamen, hat selbst uns überrascht. Der Zustrom aus den Bürgerkriegsgebieten stellte und stellt eine immense Herausforderung für unsere Verwaltung, die beteiligten Institutionen und die zahlreichen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer dar. Wir wissen auch, dass gerade für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialverwaltung die Grenzen der Belastbarkeit erreicht und nicht selten überschritten wurden. Wir danken an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich allen für ihr großes Engagement und ihre große organisatorische Kompetenz unter z.T. äußerst widrigen Umständen. Wir zollen ihnen dafür ein Höchstmaß an Respekt und Anerkennung!

Auch in diesem Jahr ist mit einer wirklichen Entspannung der Lage nicht zu rechnen. So werden 2016 in NRW erneut 200.000 Flüchtlinge erwartet. In Hilden müssten – nach Auflösung der Landeseinrichtung am Standort Schweitzer-Schule - rund 900 Menschen zusätzlich untergebracht werden. Entsprechende Beschlüsse dazu wurden in der Ratssondersitzung im Februar und in der Finanzausschuss-Sitzung am 2. März gefasst. Die Aufgaben, denen wir uns in den nächsten Jahren stellen müssen, gehen jedoch weit über die Bereitstellung von Kost und Logis hinaus. Die Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft wird nicht nur erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen binden, sondern in allen Bereichen Kreativität, Experimentierfreude und auch Improvisationsgeschick

erfordern. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte besteht weitgehend Klarheit darüber, dass ein Großteil der Menschen, die uns kommen, weder Gastarbeiter noch Schutzsuchende auf Zeit sind, sondern Neubürger/-innen, mit denen wir in Zukunft als Nachbarn dauerhaft zusammen leben werden. Mit diesem Bewusstsein und dem damit verbundenen Anspruch auf eine „Integration von Anfang an“ betreten wir in vielerlei Hinsicht tatsächlich Neuland. Betroffen sind die unterschiedlichsten Bereiche: Schule, Kultur, Stadtplanung, Bildung und Weiterbildung, etc.. Allen sollte dabei klar sein: „Wir müssen es schaffen!“, wollen wir permanente Konflikte, Parallelwelten, Zerreißproben und einen massiven Rechtsruck in unserer Gesellschaft vermeiden.

Wichtig ist dabei weiterhin eine umfassende professionelle Unterstützung und Betreuung der vielen Ehrenamtlerinnen und -amtler, die erste, grundlegende Brücken in unsere Gesellschaft bauen. Gleichzeitig sollte uns bewusst sein, dass das zivilgesellschaftliche Engagement der letzten Monate vermutlich nicht auf diesem hohen Niveau erhalten bleiben wird.

Auch daher ist eine Stärkung der Institutionen von großer Bedeutung, die die Hauptlast der Integration tragen. Zu nennen ist da u.a. unsere Volkshochschule, die durch Sprach-, Integration- und Berufsvorbereitungskurse Flüchtlinge für Deutschland fit machen soll. Nicht zuletzt sind dafür auch die notwendigen räumlichen Bedingungen zu schaffen – z.B. durch Anmietung oder Erwerb eines ehemaligen Internatsgebäudes auf dem Dietrich-Bonhoefer-Gelände.

Im Kulturbereich wiederum muss sichtbar werden, dass sich unsere Stadt durch die Flüchtlinge verändert hat und sich weiter verändern wird. So sollten Veranstaltungen angeboten werden, die uns die jeweiligen Herkunftsregionen mit all ihren Facetten näher bringen, interkulturelle Begegnungen und Dialoge anstoßen sowie gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Wertschätzung erhöhen. Daher stellten wir den Antrag die Reihe „Kultur der Länder“ in diesem Sinne zu erweitern.

Ich weiß, es ist nicht immer leicht sich auf neue Herausforderungen einzustellen und vertraute Pfade zu verlassen, aber nur so kann Integration gelingen und die damit auch für uns verbundenen Chancen entfalten.

Bislang hat der Rat die Ankunft der Flüchtlinge hauptsächlich von den Zuschauerbänken verfolgt. Dass nicht alle Hildenerinnen und Hildener die Menschen, die bei uns Schutz suchen, mit offenen Armen empfangen, hat sich in den vergangenen Wochen leider gezeigt. Wir - die Parteien und Fraktionen, die sich im letzten Herbst für eine Willkommenskultur stark machten – werden in Zukunft mehr als bisher gefordert sein, vor Ort – im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürger - Präsenz und Flagge zu zeigen. Kritischen Fragen können wir dabei nicht aus dem Weg gehen, aber nach der Sylvesternacht mancherorts hoffähig gewordenen böswilligen Verallgemeinerungen und Unterstellungen, offenen Hass und Rassismus müssen wir gemeinsam unmissverständlich entgegentreten.

Zuletzt noch ein Vorschlag in Richtung Verwaltung: ein Tag der „Offenen Tür“ vor Eröffnung neuer Flüchtlingsunterkünfte könnte in der Nachbarschaft die Akzeptanz solcher Einrichtungen erhöhen – andere Städte haben damit gute Erfahrungen gemacht.

Zurück zum Haushalt: er stellt uns nicht zufrieden, da steuerliche Mehrbelastungen einseitig aufgebürdet werden und für die kommenden Jahre klare, nachvollziehbare Perspektiven der Ausgabenfinanzierung fehlen. Man fährt eben auf Sicht - mehr nicht! Aber zumindest hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass eine Verbesserung der Einnahmenseite dringend erforderlich ist. Deshalb stimmen wir diesem Haushalt – trotz Bedenken – zu.